



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Aus Schwaben.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

stimmt sind, in deutscher Sprache veröffentlicht. Denjenigen, welche Steuern und Abgaben jeder Art eingezahlt haben, sollen Quittungen und Talons von Quittungen, den örtlichen Einwohnern Zeugnisse und Billete zum Handel und Gewerbe auf Wunsch in deutscher Sprache verabsolgt werden.

(Schluß folgt.)

Aus Schwaben.

25. Juni.

Welchen Ausgang unser Militärconflikt nehmen wird, mögen die — Bayern wissen! Vorausgesetzt allerdings, daß diese — woran billig zu zweifeln ist — selber wissen, wohin sie steuern. Für jetzt sind wir aufmerksame Zuschauer der verwunderlichen Experimente unserer Nachbarn, und da vor dem Herbst an den Zusammentritt unserer Kammer nicht zu denken ist, haben wir alle Muße, um die verwandte Krisis, welche die Staatsmänner und Patrioten an der Isar beschäftigt, beschaulich zu verfolgen. Unsere Volkspartei empfindet es mit einer an Neid grenzenden Bewunderung, daß der bayrische Milizgreis im Bund mit seinen ultramontanen Gefährten so tapfer ins Zeug gegangen ist und selbst jene diplomatische Mäßigung verschmäht hat, der die diesseitigen Patrioten sich bequemem zu müssen glaubten. Eine achtmonatliche Präsenz ist mehr, oder vielmehr weniger, als man am Nesenbach bis jetzt in officieller Weise zu verlangen gewagt hat. Hier hat man die Sache bis jetzt fast mehr im Scherze behandelt, drüben aber verspricht sie sich zum bitteren Ernst zu gestalten, und so ist die Freude groß, daß der Finanzausschuß der bayerischen Volksvertretung sich an die Spitze der civilisatorischen Bewegung des Jahrhunderts gestellt und mit geistlichen und weltlichen Waffen entschlossen die Bresche in die Burg des Militarismus eröffnet hat. Der weitere Gang der Dinge dürfte dann wohl geeignet sein, wieder etwas abkühlend zu wirken. Nach dem ganzen seitherigen Verlauf ist nicht anzunehmen, daß der vorhandene Conflict rasch und rein gelöst werden werde. Wer überhaupt noch einiges Interesse an den inneren Dingen in Süddeutschland sich gerettet hat, der möge sich mit Geduld waffnen. Ohne Zweifel wäre den Regierungen irgend eine Entscheidung, gleichviel welche, erwünscht, und die Exaltirten andererseits sähen nichts lieber als eine effektvolle Theaterkatastrophe. Allein solche Gunst wird aller Voraussicht nach den süddeutschen Staaten nicht zu Theil werden. Ein schleichender Haber, durch mühsam erneute Compromisse nicht beglichen, sondern nur von Station zu Station fortgeschleppt, wird das künftige Loos dieser Staaten sein, empfindlicher an ihrem Mark und ihrer Lebenskraft zehrend als irgend ein Entwedder — Oder.

Die württembergische Regierung ist zur Nachgiebigkeit bis an die äußerste Grenze entschlossen. Nicht das ist die Signatur unserer Lage, daß Herr v. Succow, dieser energische und preußisch gefinnte Mann, die Führung des Kriegsdepartements übernommen habe, sondern dies ist das Charakteristische, daß selbst Herr v. Succow zu Zugeständnissen sich genöthigt sieht, die er noch vor zwei Jahren für undenkbar gehalten hätte. Noch hat der Minister seinen neuen Budgetentwurf nicht dem ständischen Ausschuss vorgelegt und die Einzelheiten desselben sind noch nicht bekannt. Nur so viel scheint gewiß, daß die Ersparnisse, deren Verwirklichung er übernehmen mußte, nur möglich sind durch eine rückläufige Bewegung innerhalb unseres eben noch im Aufschwung begriffenen Militärwesens; zum nicht geringen Verdruß unserer Offiziere, von welchen die Einrichtungen freudig begrüßt worden waren, die das Heer auf dieselbe Stufe mit dem norddeutschen zu heben bestimmt waren. Der Trost hilft wenig, daß jene Zugeständnisse unvermeidlich seien, um wenigstens das Wesentliche der Neugestaltung zu retten. Unleugbar sind wir weit zurückgekommen seit der süddeutschen Militärconferenz im Februar 1867 und seit den Debatten der württembergischen Abgeordnetenkammer, die im Jahr 1868 das neue Kriegsdienstgesetz genehmigte. Auf jener Stuttgarter Conferenz hatten sich die süddeutschen Staaten bekanntlich zur Einführung einer den Principien der preußischen nachgebildeten Wehrverfassung geeinigt. Die dreijährige Präsenzpflicht war anerkannt. Die Procentsätze des Formationsstandes der preußischen Armee (2 Proc. Kriegsstärke, 1 Proc. Friedensstärke) sollten möglichst angestrebt, keineswegs aber sollte unter ein Minimum von $1\frac{1}{2}$ Proc. für die Kriegspräsenz, von $\frac{3}{4}$ Proc. für die Friedenspräsenz herabgegangen werden. Dazu kamen noch Bestimmungen über die taktischen Einheiten, die gleichfalls den preußischen entsprechen sollten. Die Fassung dieser gemeinsam geltenden Vorschriften war weit genug, aber noch weiter das Gewissen, mit dem in Württemberg und Bayern diese Vorschriften befolgt wurden. In der Dauer der faktischen Präsenzzeit, in dem Procentsatz des stehenden Heeres wie in der Composition der taktischen Einheiten blieb man um ein ziemliches unter den als normativ anerkannten Leistungen Norddeutschlands zurück. Mehr hatte damals die Kargheit der Stände nicht erlaubt. Die Folge des jetzigen Sparsystems ist, daß man selbst unter das damals noch ermöglichte Maß der Leistungen heruntergeht.

Man schreibt dem General v. Succow die Absicht zu, die jetzt durchschnittlich zweijährige Präsenzzeit für die Infanterie auf 17 Monate herabzusetzen, die Zahl der Auszuziehenden zu vermindern und durch taktische Veränderungen, durch Aufhebung eines Jägerbataillons, durch Verminderung der reitenden Artillerie — beiläufig bemerkt, diejenige Truppe, welche sich bei den vorjährigen Uebungen am besten bewährt hat — die vorgezeichnete Höhe der

Ersparnißsumme zu gewinnen. Mit anderen Worten: das Contingent wird numerisch schwächer und seine Tüchtigkeit vermindert werden. Außerdem sind bereits die Controlvorschriften für die Einjährigen, die Landwehrpflichtigen und die Kriegesreservisten erheblich erleichtert worden, eine Maßregel, die allerdings nicht gerade als ein Zugeständniß an die Beobachterpartei aufzufassen ist, welche über den der freien schwäbischen Männer gänzlich unwürdigen Controlzwang immer besonders erboßt war, sondern wesentlich als ein Zugeständniß an die Bequemlichkeit der Bürgermeister auf dem Lande, denen die Controlverfügungen ein neues unliebsames Geschäft aufhalssten und die gerade aus diesem Grunde vielfach die Agitation der Volkspartei begünstigt hatten.

Nun ist es nicht in erster Linie die Eventualität einer ernstern kriegerischen Probe, was diese Rückschritte bedauerlich macht. Soll uns ein großer Krieg nicht erspart bleiben, so hängt sein Ausgang hoffentlich nicht von den Leistungen des württembergischen Contingents ab. Es ist nicht anzunehmen, daß eine Feldschlacht gerade wegen der paar fehlenden württembergischen Batterien verloren gehe. Wohl aber wird man nicht gleichgiltig an die moralischen Wirkungen der sich wieder erweiternden Ungleichheit zwischen den norddeutschen und den süddeutschen Leistungen denken können. Schon jetzt sehen wir, wie ungünstig das Gefühl, nicht dasselbe zu leisten und zu bedeuten, im Süden wirkt. Die häßlichsten Erscheinungen des störrischen Absonderungsgeistes sind eben hierauf zurückzuführen. Hinter jenen lauten Declamationen von der Ueberlegenheit der schwäbischen Race, an welche die Anwohner des Nesenbachs seit Jahren ihre deutschen Brüder gewöhnt haben, verbirgt sich im Grund eine ganz andere Empfindung, die man nur durch den Lärm übertäuben möchte. Man will sich das Gefühl einer selbstverschuldeten Inferiorität nicht gestehen, aber man kann es nicht los werden. Vielleicht läßt sich dasselbe bis in jene Zeiten zurückführen, da in dem Befreiungskampf gegen die Fremdherrschaft Süddeutschland im Lager des Feindes war. Die ganze seitherige Bewegung unserer Geschichte, das Aufsteigen Preußens, dem Schwaben nur das trotzige Pochen auf die alte Kaisergeschichte und die Hohenstaufenherrlichkeit entgegenzusetzen hatte, hat jenem Gefühl und der daraus entspringenden Verbitterung Nahrung geben müssen. Aus jener affectirten Ueberhebung, welche die Specialität des Stuttgarter „Beobachters“ ist, glaubt man etwas herauszulesen wie den Neid eines alten Adligen von lückenlosem Stammbaum, dessen Gegenwart jedoch mit den Ansprüchen der Vergangenheit in bedenklichen Conflict gerathen ist und der es nicht verhindern kann, daß der Besitz seiner Väter stückweise in die Hände rühriger und solider Bürgerleute gelangt, hergelaufener Parvenus, wie er sie nennt.

Wenn der schwäbische Particularismus sich anstrengt, die Unmöglichkeit

zu erweisen, daß der Süden mit dem Norden zusammen sich in Einem Staatswesen vertrage, so pflegt die Belehrung ertheilt zu werden, daß der Schwabe ein von sämtlichen Völkern des Erdballs, insbesondere aber vom Deutschen gänzlich verschiedenes Geschöpf sei. Aber dieser Beweis wird abwechselnd mit sehr mannigfaltigen Argumenten geführt. Wie nämlich der „Beobachter“ schon das Land, wo Neckar und Donau jugendliche Bäche sind, das einmal als einen fruchtbaren üppigen Garten schildert, wo Milch und Honig fließt, und dessen Bewohner nur mit vornehmer Theilnahme auf die sandige Ebene des rauhen Nordens herabsteht, das anderemal aber als ein gar armes sprödes Land, das unsäglichem Fleiß nur dürftigen Ertrag liefert und äußerst empfindlich ist gegen die Erfindung der Steuern, so erscheint in seinen Beschreibungen auch der Mensch dieses Landes bald als ein von der Natur über die Maßen begünstigtes, bald als ein traurig verkümmertes Wesen. Heute ist der Schwabe der freie stolze Reindeutsche, vorragend vor allen anderen Stämmen, von Natur schon ein fertiger Krieger, der deshalb nicht der erniedrigenden Drillungen und Zwangsübungen bedarf, die für die kassubischen und obotritischen Stämme an Elbe und Oder taugen mögen. Ein anderesmal aber wird dem Schwaben von seinen Vormündern bezeugt, daß er ein überaus weiches, zartangelegtes Wesen sei, das die harten Entbehnungen nicht ertragen kann, wie sie das eichelfressende Geschlecht des Nordens willig auf sich nimmt, und das zu Grunde gehen müßte, wenn an seine körperlichen Leistungen, an seine Disciplin, an seinen Gehorsam dieselben Anforderungen gemacht würden, bei welchen der übrige Deutsche immer noch gedeiht. Ja der „Beobachter“ hat neulich nicht ohne Glück versucht, aus den verschiedenen Küchenzetteln der norddeutschen und der süddeutschen Völkerschaften die Unmöglichkeit der deutschen Einheit nachzuweisen versucht. Er hat sogar allen Ernstes aus dem, wie er versicherte, erheblich größeren Appetit der Schwaben sehr sinnreich erwiesen, daß schon in Rücksicht auf die verschiedenen Magenbedürfnisse von einer Gleichheit der Heereseinrichtungen nicht die Rede sein könne. Denn bei Portionen, von welchen der selbstlosere Norddeutsche bereits die behaglichste Befriedigung seiner Gefühle empfinde, nage dem Süddeutschen noch immer bitterster Hunger am Herzen, der nur durch reichliche Zulage sei es von Knödeln (bayerische Specialität), sei es von Spätzlen (schwäbische Nuance) überwunden werden könne. Und wer sich näher in diese neuesten Studien zur deutschen Einheit vertiefen will, dem sei hiermit die Nummer des „Beobachters“ vom 21. April hujus anempfohlen.

Wie es sich aber auch mit diesen bis auf das kulinarische Gebiet hinaus gründlich studirten Feinheiten der Stammesverschiedenheiten verhält, gewiß ist, daß das Vorurtheil, der Schwabe sei ein gänzlich apartes Geschöpf, dem man ein besonderes Köckchen anziehen und ein besonderes Bettchen zurichten müsse,

nur noch befestigt werden kann, wenn verschiedene Heereseinrichtungen nördlich und südlich vom Main sich einleben, so daß vielleicht der eine Deutsche mit geheimem Neid, wo nicht mit Verachtung über die Grenze herüber, der andere aber mit profitlicher Genugthuung oder mit Angst und Bangen hinüberblickt. Ein Scheitern des Versuchs, die Einheit des Heerwesens durchzusetzen, ist offenbar mißlicher, als wenn der Versuch gar nicht begonnen worden wäre. Auch ist die Lage der süddeutschen Staaten nicht der Art, daß sie sich ungestraft zu principlosen Experimenten hergeben könnten. Im eigenen Interesse des Landes, — von den großen Pflichten gar nicht zu reden — hätte müssen die württembergische Regierung für die Durchführung der einmal beschlossenen Heeresreform ihre ganze Kraft einsetzen. Statt dessen trifft sie der Vorwurf, daß sie eine demokratische Agitation im Lande hat Herr werden lassen, die sie heute durch beschämende Zugeständnisse wieder zu beschwichtigen versucht.

Und das beschämendste dieser Zugeständnisse ist noch gar nicht genannt, nämlich die Haltung Württembergs auf dem Zollparlament. In einer seltsamen Klemme befindet sich heute die Politik des Herrn v. Arnöbler. Aus antinationaler Liebhaberei hat sie die radicalen Parteien des eigenen Landes begünstigt, und dadurch hat sie sich jetzt im Innern Schwierigkeiten geschaffen, welche sie wieder nach außen binden. Sicherlich ist es der Regierung Ernst mit ihrem Anlauf gegen die Oppositionsparteien. Aber das Geheimniß ihrer Taktik bestand darin, durch Theilung über dieselben Herr zu werden. Die eine Hälfte der Linken, die Volkspartei, soll bekämpft, die andere Hälfte, die großdeutsche Linke, soll gestreichelt und gewonnen werden. Zu jenem Zweck stellt die Regierung sich freundlich mit der deutschen Partei, zu diesem Zweck hält sie streng das particularistische Programm ein. Sie wirft Karl Mayer den Fehdehandschuh hin und wirbt gleichzeitig um Moriz Mohls jungfräuliche Rechte. Das eine thut sie vor aller Welt, mit lautem Trompetengeschmetter, das andere besorgt sie in aller Stille und Heimlichkeit. Durch jenes erwirbt sie sich den Schein einer gründlichen Besserung, während sie in Wirklichkeit ist und sein wird, die sie war.

Als beim Beginn der Zollparlamentssession verlautete, daß die beiden Minister Arnöbler und Mittnacht nicht gesonnen seien, ihre Sitze im Saal des preussischen Herrenhauses einzunehmen, — bekanntlich blieb Arnöbler trotz verweigerten Urlaubs weg — war man geneigt, diesen Entschluß sich aus einem gewissen Partgefühl zu erklären. Man glaubte, die württembergischen Minister hätten erkannt, daß sich für ihre Stellung an der Spitze eines zollverbündeten Staates die Theilnahme an der systematischen Opposition, in der sich ihre Landsleute gefielen, nicht auf die Dauer zieme. So schien es denn, sie blieben weg, weil sie jener unfruchtbaren Opposition müde

feien und doch nicht offen mit ihren Freunden von der süddeutschen Fraction brechen mochten.

Um so größer war die Ueberraschung, als sich herausstellte, daß die württembergischen Bevollmächtigten im Zollbundesrath — die, wie man wissen wollte, selbst davon peinlich berührt waren — fortwährend Instruktionen erhielten, als betrachte sich die Stuttgarter Regierung lediglich als das officiële Organ der süddeutschen Fraction. Alle Vorschläge der Tarifreform stießen auf ihr unabänderliches Nein. Selbst die bayrische Stimme trennte sich am Ende von der württembergischen, als diese auch gegen das Patow'sche Compromiß ihr ohnmächtiges Veto einlegte. Wäre es auf Württemberg angekommen, so wäre das Zollparlament auch in seiner dritten Session resultatlos auseinandergegangen. Es war, als ob Moriz Mohl selber die württembergische Stimme führte. Und im Grunde war es auch so. Denn die Absicht war allerdings keine andere, als sich die gute Laune des Abgeordneten von Alsen zu sichern, damit unter seiner Führung ein Theil der großdeutschen Linken von der bekannten Coalition der 45 Oppositionsabgeordneten losgesprengt würde, eine Berechnung, über deren Zuverlässigkeit heute noch kein Urtheil möglich ist. Man weiß nur, daß Mohl schon in seinem Commissionsbericht von der Milizfraction sich entschieden losgesagt hat, und es wäre allerdings höchlich zu bedauern, wenn die Regierung so vieler Liebe Mühe umsonst verschwendet hätte.

Weniger als die Haltung der württembergischen Regierung hatte freilich die der württembergischen Abgeordneten zum Zollparlament überraschen können. Sie beschlossen die letzte Session wie sie die erste begonnen hatten, und auch dasselbe Mißgeschick, das sie von Anfang an verfolgte, sollte sich bis zum Ende an ihre Fersen heften. Das erstemal war es, wie man sich erinnert, Probst gewesen, der sich im Namen der süddeutschen Fraction unvorsichtigerweise auf das politische Roß schwang, um vom Grafen Bismarck unsanft herabgeworfen zu werden. Diesmal stellte sich mit anerkennenswerther Verleugnung Becher, der „Reichsagent“ aus dem J. 1849, ins Vordertreffen, um den Bamberger'schen Antrag auf Zuziehung von Vertretern der süddeutschen Regierungen zu den Vorbereitungen einer deutschen Münzreform mit all dem Aufwand sittlicher Entrüstung, deren der schwäbische Particularismus fähig ist, niederzustrecken. Der Antrag eines Nationalliberalen ist selbstverständlich an sich schon verdächtig und schließt im Zweifelsfall eine Ueberschreitung der Kompetenz in sich, als deren argusäugige Wächter sich die Schwaben bestellt wissen. Kommt vollends in einem solchen Antrag das Wort „süddeutsch“ vor, so steigert sich der Argwohn zur Gewißheit und liegt es auf der Hand, daß es sich um ein schwarzes Attentat auf die Selbständigkeit der süddeutschen Staaten handelt, daß hier eine Falle aufgestellt

ist, in welche die arglosen schwäbischen Seelen tückisch verlockt werden sollen. Allein sie sind klug und weise, mannhaft stehen sie auf der Wacht und feierlich ertönt der Protest von den Lippen ihres Sprechers, — bis ihm bemerklich gemacht wird, daß der von einem Süddeutschen gestellte Antrag lediglich das Interesse Süddeutschlands selbst zu wahren bestimmt ist, das am meisten unter der bisherigen Reichs- und Münzanarchie gelitten hat.

Allein consequent wenigstens war dieser Protest gegen die Anbahnung einer deutschen Münzreform. Was geht auch den Württemberger eine deutsche Münzreform an? Seine speciellen Interessen weisen ihn nicht auf Deutschland hin, sondern auf Frankreich und die Schweiz, und in jedem Falle kann Württemberg nur als souveräner Staat bei solchen Verhandlungen sich betheiligen. Soll also das Münzwesen reformirt werden, so kann nur eine internationale, nicht aber eine deutsche Enquête helfen. Ist doch Deutschland gegenüber Württemberg in der fatalen Lage, nur eine Minderheit zu bilden, deren Meinung, obwohl sie stets die bessere ist, stets rücksichtslos überstimmt werden kann. Sind aber Frankreich, Oestreich, Dänemark und wer immer sonst noch von der Partie, so kann es darauf zählen, gute Bundesgenossen zu finden, denen es sich mit Vertrauen anschließen mag und die ihm einen Rückhalt bieten, wenn 36 Millionen Deutscher sich herausnehmen wollen, die 2 Millionen Schwaben zu majorisiren.

Dieses „internationale“ Bewußtsein der schwäbischen Demokratie, wie Becher es inmitten eines deutschen Parlaments ganz unbefangen entwickelte, kam übrigens damals nicht zum erstenmale zum Vorschein, es gehört vielmehr zu ihren charakteristischen Eigenthümlichkeiten. Ganz so äußerte es sich, als auf dem letzten kurzen Landtag — es war am 11. März — die neue Maß- und Gewichtsordnung zur Berathung stand. Die Einführung des Metersystems war etwas selbstverständliches, nachdem die „Nachbarn in Nord, Ost, Süd und West“, um den unparteiischen Ausdruck des Grafen Bray zu gebrauchen, damit vorgegangen waren, und die Annahme im norddeutschen Reichstag überhob auch die legislativen Factoren des württembergischen Staats der Nothwendigkeit, erst noch langjährige Vorstudien zu machen, Enquêtemissionen einzusetzen, um nachher die Vorlage in dem herkömmlichen Tempo die peinliche Reise durch die landesüblichen Instanzen hindurch unternehmen zu lassen. Bei denjenigen Gesetzesarbeiten, welche in den Spuren der norddeutschen Gesetzgebung wandeln, ist in der That eine raschere Behandlung zu bemerken, als die sonst gewohnte, und es kommt dann in der Regel nur darauf an, einzelne Wörter auf sinnreiche Art abzuändern, auch unschädliche stylistische Eigenthümlichkeiten anzubringen, damit doch die Souveränität des eigenen Staats eclatant gewahrt bleibe. Bei jenem Gesetz aber bot sich die sehr erwünschte Gelegenheit, in besonders imponirender Weise die Unabhängigkeit von Berlin zu documentiren. Nicht das nord-

deutsche Gesetz sollte zum württembergischen Landesgesetz erhoben werden, sondern dasjenige der großen Nation, und zwar ging die überwiegend aus „Patrioten“ bestehende Commission mit deutscher Gründlichkeit auf die Quelle, auf das Originalgesetz des französischen Convents von 1793 zurück, das in seinen Einzelheiten getreu copirt wurde, während sie die teutonischen Bezeichnungen, in deren Erfindung der norddeutsche Reichstag sich gefallen hatte, verächtlich bei Seite schob. An die Spitze des Gesetzes aber wurde feierlich folgender Artikel gestellt: „Ein Meter ist diejenige Längengröße, welche durch das in Paris aufbewahrte *mètre des archives* bei der Temperatur des schmelzenden Eises dargestellt wird.“ Die Patrioten der württembergischen Kammer thaten sich dann nicht wenig darauf zu gut, daß sie dem Berliner Platinstab ihre gründliche Mißachtung zu erkennen gegeben und ihrem Lande nicht ein deutsches, sondern ein internationales Gesetz gegeben hatten.

Daß nun das Zollparlament jenen Antrag von Bamberger zum Beschluß erhob, war die eine fatale Erfahrung, welche die süddeutsche Fraction machen sollte, die andere noch empfindlichere war das Gelingen der Tarifierreform. Probst telegraphirte zu den letzten entscheidenden Sitzungen eilig seine Landsleute herbei, die bis dahin größtentheils keine Lust zu der Reise nach dem unerfreulichen Norden gezeigt hatten, allein sie waren nicht mehr im Stande, das Unglück abzuwenden. Unter diesen Umständen war es sehr weise gewesen, daß die süddeutsche Fraction ihr berühmtes Festmahl, welches die schwäbischen Demokraten mit den Herren v. Neurath, v. Windthorst, v. Thüngen, Gwald u. s. w. brüderlich vereinigte, mehrere Tage vor jenen Abstimmungen hielt. Denn nach demselben verkehrte sich ihre gehobene Stimmung plötzlich in das Gegentheil. Der unschätzbare Werth des Prinzips der Mehrheitsentscheidung, auf welchem die neue Zollvereinsverfassung beruht, hatte sich zum erstenmale an einem großen Gegenstand bewährt. Mit dem „Verpfeuschen“ war es diesmal nichts gewesen. Müde und verdrossen kehrten die schwäbischen Zollboten an den häuslichen Heerd zurück. Der obligate Feldzug, den alljährlich der schwäbische Particularismus gegen das neue Deutschland eröffnet — seine Mittel erlauben ihm das — hatte auch diesmal nichts zurückgelassen, als das Gefühl einer beschämenden Niederlage und machtlosen Groll.

Wer aber an dem prachtvollen Morgen des 19. Juni im Hofe der Zollernburg stand und die Hunderte und aber Hunderte von Männern aus Schwaben überblickte, die im Glauben an das neue Deutschland festverbunden sich hier zusammenfanden, der trug die fröhliche Ueberzeugung mit sich fort, daß in dem Lande, über welches rings der Blick von dieser unvergleichlichen Stätte schweift, eine neue Generation herauszieht, — ein glücklicheres Geschlecht, das nicht mehr von den Gefühlen des Hasses bestimmt wird, ein Geschlecht, dem noch viel Arbeit und mancher harte Strauß bevorsteht, dem aber die Zukunft gehört, denn es ist — die neue Generation.